

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugs-
nehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amlich 1 mm
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/2 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Breinig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. F. Bräuer's Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 99

Montag, den 29. April 1929

81. Jahrgang

Das Wichtigste

Das Hamburger Motorschiff „Erna Wendt“ ist auf der Fahrt nach
Kiel aus bisher noch nicht bekannter Ursache am Donnerstag westlich
von Cap Arcona gesunken.

Der Chef der deutschen Heeresleitung General Heye, der sich seit dem
23. Februar d. J. auf einer privaten Studienreise in Südamerika
befand, ist Sonntag vormittag in Hamburg eingetroffen. General
Heye reiste Sonntag mittag nach Berlin weiter.

In Frankreich sind die Matrosen verboten.
Am Sonnabend ist das polnische Dorf Kamsonka in der Wojwodschaf
Byalski durch ein Großfeuer zerstört worden. Den Flammen
fielen nicht weniger als 56 Weibste zum Opfer.

Landwirtschaft und Reparationen.

Von Friedrich Gnes.

Eine der arbeitsamsten, freilich vom Ausland nicht
beachteten Folgen der Pariser Sachverständigenkonferenz
ist die allgemeine Erkenntnis, daß die Hauptursache
unserer deutschen Wirtschaftskrise unsere Tributverflechtung
an das Ausland ist. Jeder erwerbstätige Deutsche, gleich-
gültig ob er in Industrie oder Landwirtschaft, in Handel
oder Gewerbe tätig ist, gleichgültig ob er als Arbeitgeber
oder Arbeitnehmer im Wirtschaftskampf steht, muß zu seinem
Teil zur Aufbringung der deutschen Leistungsfähigkeit
weit übersteigenden Reparationen beitragen. Der oft er-
hobene Einwand, die Landwirtschaft sei durch die Tribut-
lasten am wenigsten betroffen, da sie ja nicht, wie Industrie
und Eisenbahn, zur Aufbringung unmittelbar herangezogen
wird, beruht auf einer Verkennung der Tatsachen. Kürzlich
erhielt der Reichsernährungsminister Dietrich durch
einen Aufsatz im Aprilheft der im Stollberg-Verlag er-
scheinenden Zeitschrift „Wille und Weg“ durch eine nüchterne
Zahlenrechnung, daß sich die Reparationsbelastung am
schwächsten Punkt der deutschen Wirtschaft, in der Land-
wirtschaft, am bedenklichsten ausgewirkt hat.

Bei nüchterner Betrachtung der gegenwärtigen politi-
schen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in Deutschland
kann dieses Ergebnis nicht wunder nehmen. Zwei Drittel
unseres Volkes leben in den Städten und sind Verbraucher
landwirtschaftlicher Produkte. Da die Not drückt, wollen sie
möglichst billige Lebensmittel haben. Da sie als die Mehr-
heit im parlamentarischen System auch die politische Macht
haben, werden die billigeren ausländischen Lebensmittel ins
Land hereingelassen und der Landwirtschaft ein die Er-
zeugungskosten sichernder Zollschutz verweigert. Schon des-
halb kann die Landwirtschaft nicht, wie die anderen Wirt-
schaftszweige, die auf sie entfallenden Lasten durch Preis-
erhöhungen weiter abwälzen. Den Leuten heißen aber
bekanntlich die Hunde.

Die Tributzahlungen müssen, wie wir wissen, aufgebracht
werden durch Zölle und Steuern, durch die Eisenbahn und
durch die Industrie, die fünf Milliarden Obligationen zu
verzinsen hat. Steuern, Zölle, Frachtgebühren und Zins-
lasten sucht nun jeder Betroffene auf die Warenpreise auf-
zuschlagen. So hat sich die Industrie ihre Kongerne und
Syndikate, der Handel seine Kartelle, das Handwerk seine
Preisimmungen geschaffen, um die Lasten auf die Preise auf-
zuschlagen zu können. Auch die Arbeitnehmergewerkschaften
wirken als Kartelle, die die Löhne, „den Preis für die Ware
Arbeitskraft“, wie es heißt, möglichst hoch zu halten. Da-
durch entsteht eine allgemeine Uebersteuerung der Waren-
preise, für die man auch den Ausdruck „innerer Zoll“ ge-
prägt hat.

Nur die Landwirtschaft kann hier nicht mit. Der Land-
wirt muß zwar für die Waren, die er braucht, den
„inneren Zoll“ bezahlen, er selber kann aber einen
solchen Zoll nicht erheben. Da ein ausreichender Schutz
für die Landwirtschaft fehlt, liegt die Preisbildung der
wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte nicht in der Hand
der deutschen Landwirte, sondern wird ihnen von der Lage
des Weltmarktes vorgeschrieben. Dort bilden sich aber die
Preise unter dem Einfluß der Landwirtschaften anderer
Länder, die unter wesentlich günstigeren Wachstums-
und Arbeitsbedingungen produzieren.

Deshalb sind die Preise für die landwirtschaftlichen
Produkte gegenüber den Preisen anderer Waren immer mehr
zurückgeblieben. Es entstand die „Preisklücke“, die
Uebersteuerung der Waren, die der Landwirt kaufen muß,
gegenüber den Produkten, die er zu verkaufen hat, als
mittelbare Folge der Tributbelastung. Dazu kommt als un-
mittelbare Folge der Tributbelastung die Uebersteuer-
ung des Kapitalzinses durch den in Folge der
Tributzahlungen immer stärker werdenden Mangel an flüssi-
gem Kapital. Der Landwirt, der sein Kapital nur einmal
im Jahre umsetzt, ist meist auf Kredite angewiesen, die ihm
über die tote Zeit weghelfen sollen. Bei der niedrigen
Rente, die die Landwirtschaft jetzt erzielt, muß der hohe

Die Marktwährung steht fest!

Kein Anlaß zu Beunruhigung

Der Stahlhelm fordert Aufrollung der Kriegsschuldfrage — Riesenbrand in Rotterdam

Reichsbankpräsident Dr. Schacht beabsichtigt nach der
Sitzung der Pariser Reparationskonferenz am Montag zur
Tagung des Generalrats der Reichsbank nach Berlin zu reisen.
Er wird am Donnerstag in Paris wieder eintreffen.

Der Reichsbankpräsident kommt nach Berlin, um an
den Sitzungen des Reichsbankdirektoriums und an einer
Beratung des Generalrates der Reichsbank teilzunehmen.
Natürlich kommt der diesmaligen Beratung des General-
rates der Reichsbank deshalb eine besondere Bedeutung zu,
weil im Augenblick der Devisenmarkt in Deutschland be-
unruhigt ist. Die Ursache ist nicht in irgendeiner ersten
Gefahr für die deutsche Währung zu sehen, sondern allein
in den Maßnahmen, die auf agitatorischem Gebiete in Paris
kurz nach dem Scheitern der Sachverständigenverhandlungen
getroffen wurden.

Die deutsche Mark ist in ihrer Festigkeit durch die Gold-
deckung der Reichsbank und gegenüber der Sicherung der
deutschen Währung vor dem Kriege dadurch garantiert, daß
mit dem Dawesplan, der internationalen Verknüpfung der
Reparationsfrage und den Auslandsanleihen das Ausland
selbst an der Festigkeit der deutschen Währung auf das
stärkste interessiert ist. Deshalb hat man in Paris auch
wieder die Agitation abgeblasen. Die englische Presse be-
zweigt gleichfalls die öffentliche Meinung.

Da heute eine gewisse Beruhigung schon wieder ein-
getreten ist, scheint sich die Rückwirkung der Beruhigungs-
aktion in Paris, die dann später von Pariser Gilbert und
Dr. Schacht eingeleitet wurde, nunmehr auch in Berlin
bemerkbar zu machen.

Bei den Beratungen des Generalrats der Reichsbank,
bei Besprechungen des Reichsbankpräsidenten mit Mitgliedern
des Kabinetts wird man mit allem Nachdruck darauf auf-
merksam machen müssen, daß die Gefahr, die aus der Anlage
kurzfristiger Gelder vom Ausland dauernd sich ergebe-
ren kann, herabgemindert wird. In Italien ist in diesem
Zusammenhang ein Verbot gegen die Aufnahme von Aus-
landsanleihen für Provinzen und Gemeinden, auch für
produktive Zwecke, in diesen Tagen ergangen. In Deutsch-
land wird man vor ähnlichen ersten Maßnahmen nicht
zurückschrecken dürfen.

Marktzurück unmöglich

Wie der „Montag“ zu der Anwesenheit des Reichs-
bankpräsidenten Dr. Schacht in Berlin erzählt, ist die frühere
Abreise Dr. Schachts aus Paris aus rein persönlichen Grün-
den erfolgt. Argendwelche Besprechungen hätten bisher in
Berlin nicht stattgefunden. Von den Beratungen der Reichs-
bank am Mittwoch seien offizielle Erklärungen über die
Festigkeit der deutschen Währung und gegen die von Frank-
reich betriebenen Machenschaften gegen die deutsche Mark zu
erwarten. Der Generalrat werde auf jeden Fall feststellen,
daß die strengen Vorschriften, die der Reichsbank für die
Ausgabe von Banknoten gegeben sind, einen Sturz der Mark
absolut unmöglich machen und daß die Reichsbank noch eine
Milliarde Mark Spielraum für die Notendeckung habe.

Der Stahlhelm fordert Aufrollung der Kriegsschuldfrage

Unter Bezugnahme auf die feierliche Zurückweisung der
Kriegsschuldfrage durch den Reichspräsidenten bei der Ein-
weihung des Tannenbergturms, folgte der am Sonntag in
Magdeburg versammelte Bundesvorstand des Stahlhelms
unter Vorsitz des ersten Bundesführer Selbte einstimmig
folgende Entschließung: „Da die Lüge von der deutschen Kriegs-
schuld die Grundlage der feindlichen Tributforderungen bildet,
fordert der Bundesvorstand, daß die gegenwärtigen Tribut-
verhandlungen mit einer amtlichen Aufrollung der Kriegs-
schuldfrage zu verbinden sind. Der Bundesvorstand wendet
sich mit Entrüstung gegen das landesverräterische Treiben
deutscher Vorkriegsleute, die erneut bereit sind, dem deutschen
Volk auf Jahrzehnte hinaus untragbare Lasten aufzubürden,
und fordert, daß nach den bisherigen deutschen Leistungen,
die selbst über den Wortlaut und Sinn des Versailler Diktats
hinausgehen, mit den Tributzahlungen Schluß gemacht und

die deutsche Gegemechnung vorgelegt wird. Wir werden die
Kriegsschuldfrage nicht ruhen lassen, bis wir unser Recht
gefunden haben, und stehen in diesem Kampfe Schulter an
Schulter mit den Kameraden vom Riffhäuserbund.“

Soziale Reformvorschlage.

Im Reichstag ist eine Entschließung eingebracht worden,
die Reichsregierung möge Vorschläge zur Förderung der
berufständischen Selbsthilfe auf den verschiedenen Gebieten
der Sozialpolitik vorlegen. Zunächst wird ein Gesetz zur
Reform des sozialen Wahlwesens verlangt, das an die Stelle
der verschiedenartigen Wahl- und Berufungsverfahren eine alle
fünf Jahre wiederkehrende soziale Hauptwahl setzen will, um
so das Kräfteverhältnis bei Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern durch direkte und geheime Wahl zu ermitteln. Sollte
diese Reform abgelehnt werden, wird eine Novelle zu an
Arbeitsgerichtsgezet gefordert, nach der die Wahl
der Arbeitsrichter nach dem Muster der Angestelltenver-
sicherungsgezet eingeführt werden soll. Auch sollen besondere
Kaufmannskammern bei allen großen Arbeitsgerichten er-
richtet und kleinere Arbeitsgerichte zusammengefaßt werden.
Der in der Landwirtschaft beschlossene Angelegenheiten-
gezet soll die Möglichkeit eröffnet werden, auf Grund
der Mitgliedschaft in einer Erzar- oder Berufsrentenkasse
von der Mitgliedschaft bei einer Zwangsasse befreit
zu werden.

Zur notwendigen Reform der Arbeitslosenfürsorge.

Zur Frage der Reform der Arbeitslosen-
versicherung machte in einer Berliner Zeitung der
demokratische Reichstagsabgeordnete Tannen folgende
interessante Ausführungen: „Die Versicherung soll durch-
geführt werden mit den durch die Krankentassen ein-
gezogenen Beiträgen in Höhe von 3 Prozent des Grund-
lohnes, mit deren Mitteln kann im Durchschnitt des Jahres
eine Zahl von 800 000 Arbeitslosen unterstützt werden.
Die Höchstziffer der Arbeitslosigkeit betrug im Winter
1928/29 2,5 Millionen und beträgt heute 1,6 Millionen. (Wir
glauben, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit bedeutend
größer in Deutschland ist. Die Red.) Die vom 20. Januar
bis 1. April aus Reichsmitteln insgesamt zur Verfügung
gestellten Beträge erreichten in kaum 2 1/2 Monaten die Höhe
von 344 Millionen Mark und werden in den Monaten
April bis 1. Juli weitere 150 Millionen erfordern, so daß
in kaum sechs Monaten 500 Millionen an Zuschuß gezahlt
werden müssen. Selbst bei einer günstigen Arbeits-
marktlage von Juni bis Ende des Jahres und einer
wesentlich geringeren Arbeitslosenzahl als jetzt wird bei
unverändertem Bestehenlassen der jetzigen gesetzlichen Be-
stimmungen ein weiterer Zuschuß aus Reichsmitteln von
200 Millionen erforderlich werden, so daß im ganzen
im Kalenderjahr 1929 700 Millionen Mark
aus Reichsmitteln für die Arbeitslosenversicherung auf-
gewendet werden müssen. Das ist aus finanziellen Gründen
weiter nicht tragbar und muß schon deshalb
geändert werden.“

Innerpolitische Schwierigkeiten.

Die Sozialdemokratie hat die Forderung auf-
gestellt, daß an die Stelle der jetzigen Beiträge für die Ar-
beitslosenversicherung in Höhe von 3 Prozent des Lohnes Bei-
träge in Höhe von 4 Prozent treten sollen. Das ver-
stößt gegen das von den Regierungsparteien aufgestellte ge-
meinsame Etatprogramm und die Deutsche Volkspartei
hat im Reichstag bereits erklärt, daß sie die so-
zialdemokratische Forderung ablehne. Das Reichstabi-
nelt steht also vor neuen Schwierigkeiten, in die sie durch
die sozialdemokratische Forderung geraten ist. Die Lage des
Kabinetts ist auch durch einen Beschluß des Zen-
trums erschwert worden, dem Reichstag einen Gesetzent-
wurf über ein Notprogramm für den Westen und für Ober-
schlesien vorzulegen, da dadurch erheblich neue Etatmittel no-
wendig werden und das gemeinsame Etatprogramm ebenfalls
umgestoßen werden würde. Das Zentrum ist dabei den un-
gewöhnlichen Weg gegangen, diese Tätigkeit seines Grenzland-
ausschusses offiziell im Reichstag bekanntzugeben. Die Be-
fugnisse des Ministeriums für die besetzten Gebiete des
Reichsinnenministeriums, das der Sozialdemokrat Seve-
ring innehat, auf alle Grenzgebiete ausgedehnt werden.